III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 119	26. November 1920	ט"ו כסלו תרפ"א	Einzelnummer 30 Cts.

Interview mit König Konstantin.

Der Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich", der bei jeder Gelegenheit die Aufmerksamkeit leitender Staatsmänner und regierender Häupter auf aktuelle jüdisch-politische Fragen lenkt und wiederholt in mehreren Staaten bei den die höchste Regierungsgewalt innehabenden Persönlichkeiten zugunsten der Judenheit mit Erfolg interveniert hat, suchte dieser Tage bei dem gegenwärtig in Luzern weilenden griechischen König um eine Unterredung nach und wurde Mittwoch den 24. November von Seiner Majestät dem König Konstantin in den Räumlichkeiten des Hotels National in einer vierzig Minuten lang währenden, durchaus in einem warmen herzlichen Tone gehaltenen Audienz empfangen.

Nachdem unser Herausgeber den König in kurzer Ansprache zu der wiedererlangten Freiheit des griechischen Volkes beglückwünscht hatte und den Wunsch aussprach, dass es dem König vergönnt sein möge den alten Ruhm des Hellenentums in erneutem Glanz erstrahlen zu lassen, wies er darauf hin, dass wohl kein anderes Volk mit so vielem innerlichen Verständnis den Jubel der griechischen Nation über die zurückgewonnene Freiheit mitempfinden dürfte, als gerade das jüdische, das seit zweitausend Jahren nach eigener Freiheit lechzt, die ihm nunmehr endlich zu dämmern beginnt. Von den 15 Millionen Juden die über den ganzen Erdball verstreut leben und deren Angehörige in mehreren Staaten des Ostens heute mehr denn je bedrückt und verfolgt und zu Abertausenden hingemetzelt werden, haben mehr als 100,000 das Glück, innerhalb der heutigen Grenzen Griechenlands als treuergebene Bürger des Staates in Ruhe und Sicherheit leben zu dürfen. Eingedenk des guten Verhältnisses, das der König während seiner früheren Herrschaft zu den Juden unterhielt, die wegen ihrer Treue zum König unter Venizelos zu leiden hatten, sprach unser Herausgeber die Hoffnung aus, dass die Juden Griechenlands auch fernerhin auf Schutz und Wohlwollen des Königs wohl rechnen dürfen.

In sehr herzlicher Weise dankte der König für die ihm dargebrachten Glückwünsche und betonte, dass er stets den Juden Griechenlands das grösste Wohlwollen entgegengebracht habe. Jeder Staat habe die Juden, die er verdiene und er freue sich, dass es den Juden in Griechenland gut ginge und dass Griechenland frei von Antisemitismus geblieben sei. Mit einzelnen Juden Griechenlands verbände ihn persönliche Freundschaft. Bei dieser Gelegenheit erkundigte sich der König des näheren über den jetzigen Aufenthaltsort und das Befinden des einstigen Chacham-Baschi von Saloniki, Rabbi Jakob Meir, dem er besondere Wertschätzung und Freundschaft entgegenbringe. Der König erzählte, dass er auf Wunsch Rabbi Meirs gleich nach der Einverleibung Salonikis in den griechischen Staat, die Rekrutierung jüdischer Soldaten aus Saloniki für zwei Jahre suspendiert habe, um ihnen Zeit zur Erlernung der griechischen Sprache zu lassen. Auf die Bitte Rabbi Meirs habe er das jüdische Viertel Salonikis gleich nach der Eroberung durch jüdische Angehörige seiner Armee bewachen lassen und bei dieser Gelegenheit zu seinem freudigen Erstaunen erfahren, wie zahlreich die Juden in seiner Armee vertreten wären und an den letzten Kämpfen teilgenommen hätten. Er glaube auch, dass der Weggang Rabbi Meirs nach Jerusalem wahrscheinlich seinen Grund habe in Schikanierungen durch die Venizelisten. Der König forderte den Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" auf, sich diesbezüglich bei Rabbi Meir in Jerusalem zu erkundigen und ihm darüber nach Athen zu berichten. Der König betonte, er wisse, dass die Juden in Griechenland unter dem venizelistischen Regime zu leiden hatten. Habe ja ein höherer französischer Generalstabsoffizier bei der Armee in Griechenland, ehemaliger französischer Staatssekretär, die Juden bezichtigt: „Tous les Juifs sont des conspirants Constantiniens". Der jetzt in der Schweiz weilende jüdische Deputierte der griechischen Kammer, Malach, könne darüber nähere Mitteilungen machen. Nun werde dies alles anders werden. Es werde den Juden in Griechenland sicherlich besser gehen, als in Polen. Der König erkundigte sich sodann eingehend über die Drangsalierungen, denen die Juden in Osteuropa ausgesetzt sind, wobei unser Herausgeber Gelegenheit nahm, sich eingehendst über die von den Juden erhobene Forderung auf nationalen Minoritätenschutz zu verbreiten. Der König, der bisher nur über die zionistischen Bestrebungen bezüglich Palästinas informiert war und sich über die Fortschritte und das Wirken Sir Herbert Samuels in Palästina erkundigte, folgte den diesbezüglichen Ausführungen unseres Herausgebers mit lebhaftem Interesse. Unser Herausgeber ersuchte in diesem Zusammenhang den König, den Bestrebungen der griechischen Juden zur Wahrung ihrer kulturellen Eigenart und zur Errichtung autonomer Schulinstitutionen unter Wiederbelebung der hebräischen Sprache Wohlwollen entgegenzubringen. Der König vernahm mit besonderem Interesse, dass die alte Bibelsprache wieder zur lebendigen Umgangssprache geworden sei und stellte in Aussicht, den ausgedrückten Wünschen nach seiner Rückkehr nach Griechenland erhöhte Aufmerksamkeit entgegenzubringen.

Zum Schluss wies unser Herausgeber auf die Bedeutung der Juden in wirtschaftspolitischer Hinsicht und auf den Aufschwung, den Saloniki durch den Handelsgeist der Juden erlangt habe, hin und ersuchte den König, den Juden Salonikis in der Notlage, in die sie durch den Niederbrand ihres Viertels geraten sind, seinen Beistand zum Wiederaufbau zu gewähren. Die jüdischen Bürger Salonikis müssten ebenso wie die anderen Griechen durch Gewährung staatlicher Beiträge beim Wiederaufbau unterstützt werden. Der König sagte eine unterschiedslose Behandlung im wohlwollenden Sinne zu.

Mit einem warmen Händedruck verabschiedete sich sodann der König, der die Sympathien seines Volkes in so hohem Masse geniesst, die übrigens jeder teilen muss, der auch nur kurze Zeit mit ihm zu sprechen Gelegenheit hatte.

Jüdische Massenauswanderung.

Von der polnisch-ukrainischen Grenze sind nach Warschau Nachrichten über das Einsetzen einer jüd. Massenauswanderung aus der Ukraine gelangt. Infolge der neuerlich ausgebrochenen verstärkten Feindseligkeiten zwischen den Bolschewisten und Ukrainern habe sich eine Masse von sage und schreibe 200,000 jüd. Flüchtlingen in Bewegung gesetzt. Sie lassen all ihr Hab und Gut vogelfrei zurück und marschieren - Richtung Westen - hauptsächlich nach Ostgalizien und der Bukowina. Warschau ist bereits von Flüchtlingen aus der Ukraine überfüllt. Die jüd. Organisationen halten permanente Beratungen ab und strengen all ihre Kräfte an, um das Los dieser unglücklichen Flüchtlinge zu erleichtern, deren einziges Sinnen und Trachten die Auswanderung nach Palästina und Amerika ist. Laut einem bei dem Joint Distribution Committee eingetroffenen Telegramm, sind mehr als 10,000 jüd. Flüchtlinge aus der Ukraine und der Krim auch in Konstantinopel eingetroffen.

Sollten sich diese Hiobsposten bewahrheiten, — und nichts gestattet an deren Richtigkeit zu zweifeln, wenn auch vielleicht die Zahlen im ersten Schreck ein wenig hoch gegriffen sind — so hätten wir es hier geradezu mit einer neuzeitlichen Wiederholung der einstigen Völkerwanderung zu tun, wie sie die Geschichte seit beinahe 1500 Jahren nicht kennt. Was eine derartige Wanderung ins Dunkle hinein im allgemeinen und ganz speziell bei den jetzt im Osten herrschenden Zuständen für die Betreffenden bedeutet, das dürfen wir, wollen wir nicht an allem verzweifeln, uns, so weit vom Schuss wir auch sind, nicht mal in Gedanken vorstellen. Tatsache ist, dass sich leider die Voraussagungen, dass es für die ukrainische Judenheit in der Ukraine selbst keine Rettung mehr gebe, leider nur allzu richtig erwiesen. Jetzt heisst es zumindest alle Kräfte anstrengen, um diesen Unglücklichsten der Unglücklichen, denen die Flucht aus der ukrainischen Hölle vielleicht doch noch gelingt, Hilfe zu bringen. Wir zweifeln nicht, dass die jüd. Organisationen im Westen, vor allem in England und Amerika ihre Pflicht und mehr als diese in diesem so traurigen Momente tun werden.

— Der Verband der Ukrainischen Juden in London hat eine von Grünbaum, Farbstein und Podlischewski unterzeichnete Mitteilung erhalten, wonach in letzter Zeit in der Ukraine neuerliche, von den Bolschewisten und den Banden Petljuras veranstalteten Pogrome stattgefunden hätten. Warschau sei von Flüchtlingen überfüllt, die auf die Ausreisemöglichkeit nach Amerika harren. Die Not sei gross und rascheste Hilfe tue not.

Die amerikanischen Verhandlungen zwischen Juden und Polen.

Der Pariser J.-Korrespondent der „J.P.Z." meldet unterm 21. Nov.: Auf Initiative des amerikanisch-jüdischen Kongresses wird jetzt ein Versuch einer Annäherung zwischen den offiziellen Vertretern des amerikanischen Judentums und der offiziellen Vertretung der polnischen Regierung erstrebt, um durch Festlegung gewisser Bedingungen und Abmachungen die Situation in Polen selbst auf diese Weise in günstigerem Sinne umzugestalten. Ueber den Verlauf dieser Unterhandlungen erhielt das Komitee der Jüd. Delegationen soeben folgendes vom 18. Nov. datierte Telegramm des amerikanisch-jüd. Kongresses:

„Aus den Besprechungen mit Lubomirski resultierten feste Versicherungen und Versprechungen, unsere Forderungen an die polnische Regierung zu übermitteln. Es ist daher für uns von äusserster Wichtigkeit, dass wir genaue Informationen von Ihnen erhalten, ob Befehle gegen die Exzesse in Polen erfolgt und die Bedingungen verbessert worden sind."

Seinerzeit hatte nämlich auf Initiative und auf Grund der Materialien des Komitees der Jüd. Delegationen der Vorsitzende der Exekutive des amerikanisch-jüd. Kongresses, Morris Rothenberg, der sich zeitweilig in Europa aufhielt, über die Verfolgungen der Juden eine Kabeldepesche nach Amerika abgeschickt und damit die Aktionen des amerikanisch-jüd. Kongresses eingeleitet. Als infolge der aufgeregten jüd. Oeffentlichkeit der polnische Botschafter, Fürst Lubomirski, sodann an die amerikanisch-jüd. Vertretung mit Annäherungsversuchen herantrat, da stellte ihm, als Führer dieser Gruppe, Rabbi Stephen W i s e, 10 Bedingungen, (s. „J.P.Z." Nr. 117) von deren Erfüllung die Beruhigung der amerikanischen Juden abhängig wäre. Seitdem dauern die Unterhandlungen zwischen beiden Parteien an. Offenbar haben sich die polnischen offiziellen Kreise in Amerika entschlossen, bestimmte Erklärungen abzugeben. Diese Erklärungen haben jedoch nur dann einen realen Wert, wenn sie durch feierliche Deklarationen der polnischen Regierung selbst in Polen abgegeben und in der faktischen Politik zur Tatsache werden.

— Am 10. Nov. fand die Verständigungskonferenz zwischen dem polnischen Gesandten in Amerika, Lubomirski, und den jüd. Vertretern, darunter Rabbi Wise, Mack, Morris Rothenberg, Bublik, Richter Hartman, Richards, Edlin und Jehoasch statt. Einzelheiten drangen bis jetzt nicht an die Oeffentlichkeit. Lubomirski veröffentlichte eine Erklärung, in der die in Polen herrschenden anormalen Verhältnisse als Ursache der letzten Exzesse bezeichnet werden. Aenderungen seien erwünscht und würden sicherlich bald nach Friedensschluss eintreten. In einer Gegenerklärung betonte Rabbi Wise, dass Lubomirski aufrichtig wünsche, die polnische Regierung auf die Dringlichkeit der jüd. Frage in Polen aufmerksam zu machen. Die amerikanische Judenheit könne sich jedoch nur mit der s o f o r t i g e n Einstellung aller Verfolgungen zufrieden geben.

Ussischkin über die Lage in Palästina.

In einem dem Jerusalemer Korrespondenten der „Hazefira", Heftmann, gewährten Interview, erklärte U s s i s c h k i n, dass er voll Hoffnung sei, dass die jetzige Krise bald vorübergehen werde, insofern nur nicht eine geistige Krise im Judentum ausbreche. Der Genius des jüd. Volkes sei jedoch noch genügend stark, um dies zu verhindern. Wir haben genügend reiche Juden in der ganzen Welt und eine starke zion. Organisation. Der jüd. Reichtum müsse nur für die zion. Bewegung gewonnen werden, um die Kolonisationsarbeit zu fördern. Auch in Amerika erfasse man das Entscheidende des jetzigen historischen Momentes. Bereits in diesem Jahre könnte man 50,000 Juden ansässig machen. In Palästina könne man jedoch die Einwanderer nur organisieren, während die materiellen Mittel in der Diaspora aufgebracht werden müssen. Die Einwanderung könne man auf keine Weise eindämmen, und würde kein einziges Mittel dies erreichen. Trotz aller schwierigen Bedingungen seien in den letzten 8 Monaten gegen 7000 Personen nach Palästina gelangt. In letzter Zeit zeigte sich allerdings die Neigung, das Land zu verlassen, vor allem bei den Mitgliedern des alten Jischub; man müsse jedoch feststellen, dass sie alle die Absicht haben, wieder zurückzukehren. Darunter gebe es auch viele, die das Land nur zum Zwecke des Abschlusses ihrer Studien und dergl. verlassen. Alle jüd. Arbeiter im Lande sind ihrer Arbeit mit Leib und Seele übergeben. Sie sind Fanatiker der hebräischen Sprache und zu allen

Opfern bereit. Die neuen Immigranten stehen in keiner Hinsicht den früheren nach. Die Regierung erklärt sich mit ihnen vollständig zufrieden. Es fehlt jedoch noch an verschiedenen Einrichtungen, wie Spitälern, Volksküchen und dergl., wozu wieder Geld gebraucht wird. Es ist also nötig, dass auch zahlreiche Kapitalisten ins Land kommen und ihre Kapitalien in verschiedenen Geschäften investieren. Wir wollen in der nächsten Zeit grosse Bodenkomplexe erstehen. Der Nationalfonds hat für diesen Zweck 200,000 Pfund bestimmt; diesen Boden konnte man solange nicht kaufen, als nicht der Bodenkataster eingeführt war. Es handelt sich hier um Privatbesitz, da die Regierungsländereien ungenügend und zum grössten Teile ungünstig gelegen sind. Wenn auch der Bodenpreis seit Kriegsbeginn auf das Fünffache gestiegen ist, so müssen wir dennoch den Boden erstehen. Die Regierung bezieht sich zu uns mit grosser Sympathie und wird uns nach Möglichkeit unterstützen; wir jedoch müssen das zum Wiederaufbau nötige Kapital auftreiben. Bereits in London hat Achad Haam gesagt, dass alle Nationen dem jüd. Volke all seine „Verfehlungen" verzeihen werden, jedoch niemals die Entschuldigung, dass es uns im jetzigen Momente an Geld fehle. Die Lage im Lande sei jetzt freilich eine schwere. Da das Land klein und abhängig von Importen ist, und die palästinensische Valuta, d. h. das ägyptische Pfund, die höchste in der Welt ist, so ist die Teuerung eine sehr grosse. Auch kommen die notwendigen Waren in ungenügendem Masse herein, da der Schiffsverkehr nach dem Frieden stark eingeschränkt wurde. Die Aegyptische Regierung gestatte auch nicht die Ausfuhr nach Palästina. All dies trägt zur Preissteigerung bei. Mit der Entwicklung des Landes werden sich jedoch die Verhältnisse bessern. Auch die Regierung bekämpft die Teuerung nach Möglichkeit. In nächster Zeit soll auch die Frage der Valutaänderung entschieden werden. Es werden palästinensische Banknoten herausgegeben werden, versehen auch mit hebräischen Aufschriften. Ueber das Währungssystem, ob Franken oder irgend eine andere Währungseinheit, sei noch die Entscheidung nicht gefallen. Die erste Aufgabe der Judenheit im Galuth sei, jetzt alle Privatinitiative und die Intelligenz für die Arbeit in Palästina zu mobilisieren. Diese Elemente können bereits jetzt ins Land gelangen. Natürlich handelt es sich um Intelligenz, die in ihrem Berufe den Lebensunterhalt finden kann. Der Völkerbund soll in Genf den Text des Mandates feststellen und müssen wir alle für diesen Augenblick der Realisierung des Mandates bereit sein.

Bericht der zionistischen Exekutive.

Die Exekutive der Zion. Partei hat einen Geheimbericht für die Zeit von August bis Oktober an alle Mitglieder des Grossen Aktionskomitees und die einzelnen Landesverbände versandt, der Aufklärung gibt über alle, Palästina und den Zionismus betreffenden Fragen. Mit Rücksicht auf den geheimen Charakter dieses Berichtes können natürlich Einzelheiten daraus nicht wiedergegeben werden.

Chronik.

Russland.

— Die jüd. Zeitungen in Polen berichten, dass das vom „Daily Telegraph" verbreitete Gerücht von der Verhaftung der „Joint" Delegierten in Sowjet-Russland bisher keine Bestätigung erfahren hat. (Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, dass es sich bei dieser von uns nicht wiedergegebenen angeblichen Verhaftung um Frank Rosenblatt gehandelt hat und nicht, wie verschiedene jüd. Zeitungen berichteten, um Dr. Bogen, der Leiter des „Joint" in Polen ist, sich nie nach Sowjet-Russland begeben hat und gerade während der in Betracht kommenden Zeit sich an den Beratungen der Regionaldirektoren des „Joint" in Wien beteiligte. „J.P.Z.")

Polen.

— Am 16. und 17. Nov. gab es im Reichstage wiederum eine grosse Judendebatte anlässlich der Beratung über die Paragraphen 112—116 der Konstitution, die über die Rechte der nationalen und religiösen Minderheiten handeln. Die jüd. Abgeordneten haben eine Reihe von Verbesserungen vorgeschlagen. Selbst der Sprecher der Sozialisten, Abg. Niedzialkowski, erklärte sich nur für eine territorielle Autonomie, wie auch für die Zuerkennung gewisser kultureller Rechte an die Minoritäten, was jedoch sehr weit sei von der Akzeptierung des Standpunktes der Zionisten. Polen dürfe nie gemeinsamer Besitz der Polen und Juden werden, wie Belgien gemeinsamer Sitz der Wallonen und Flämen ist. Abg. Thon verwies auf die „Elastizität" der Redigierung erwähnter Paragraphe. Sie sagen nur, dass besondere Gesetze die Rechte der Minderheiten sichern werden, wozu ja gerade die Konstitution da sei. Die jüd. Rechte seien übrigens im Versailler Traktat garantiert worden, und wenn die bezüglichen Bestimmungen im Reichsgesetzblatte nicht kundgemacht worden sind, so sei dies nicht so sehr politische Kunst als ein politisches Kunststück. Die Juden wollen nicht, dass der Völkerbund es nötig haben sollte, sich mit Polen zu befassen, weshalb sie fordern, dass ihnen in der Konstitution ausdrücklich alle Rechte gewährt werden, die ihnen zukommen. Abg. Hartglas wies nach, dass Paragraph 112 die Rechte der Minderheiten nicht genügend sichere, wie es der Zusatzantrag der jüd. Abgeordneten wohl deutlich beweise. Die Konstitution darf auch nicht den Beamten die Möglichkeit zu administrativen Schikanen und Sabotierung der Gesetze geben. Mit Rücksicht darauf, dass es zahlreiche Polen ausserhalb des poln. Reiches geben werde, und die verschiedenen Staaten sich bei Unterdrückung der polnischen Minoritäten auf die polnische Konstitution berufen könnten, sei der Reichstag daran interessiert, dass auch in Polen den Minoritäten Gerechtigkeit zu Teil werde. Paragraph 112 widerspreche auch dem Artikel 7 des Versailler Traktates, der Inkorporierung der Artikel 2—8 in die Konstitution ausdrücklich vorschreibe und dessen wörtliche Uebersetzung ja der Zusatzantrag der jüd. Abgeordneten sei. Abg. Schipper erklärte, sich nicht auf den Versailler Traktat berufen zu wollen, gegen dessen Ratifizierung er s. Zt. gestimmt habe. Er berufe sich aber auf die Zusage, dass Polen, getreu seiner Tradition, ohne jedes Diktat den Minderheiten Schutz gewähren werde. Er wandte sich auch gegen die Verunglimpfungen des Jiddischen, das im Laufe der Diskussion von den polnischen Abgeordneten als Gaunerstrafe bezeichnet worden war, geschaffen zu Handelszwecken, damit die Andersgläubigen es nicht verstünden. Zu Artikel 115, der von der religiösen Freiheiten handelt, ergriff Abg. Farbstein das Wort, betonend, dass in Polen die Frage der jüd. Religion leider dieselbe Popularität geniesse, wie die Frage der jüd. Nationalität. Sei ja das Gesetz über die Sonntagsruhe eine Vergewaltigung der Gewissensfreiheit und der Versailler Bestimmungen über die Rechte der Minoritäten. Wenn er auch nicht viel Hoffnung auf die Wirksamkeit der jüd. Zusatzanträge setze, so bitte er doch um deren Annahme. Auch Abg. Rabb. Halpern erklärte sich mit den Zusatzanträgen des Abg. Grünbaum nicht begnügen zu können, da die Orthodoxen kein Jota ihrer Religion aufgeben können. Auch wir sind, gleich unseren Vorfahren bereit, für die Vorschriften unserer Religion den Scheiterhaufen zu besteigen. Er schlägt deshalb folgenden Zusatz vor: „Niemand könne gezwungen werden zur Uebertretung der Vorschriften seiner Religion, insofern dies nicht die Staatsnotwendigkeit verlange". Die Beratungen

über diese für die Gestaltung der polnisch-jüd. Verhältnisse so grundlegenden Fragen sind noch nicht abgeschlossen.

— Auf Grund einer telegraphischen Anfrage der ukrainischen Mission in London bei Botschafter Wassilko, wegen Einzelheiten und Aufklärung über die von den Truppen Petljuras verübten Pogrome, war aus Amsterdam unterm 29. Sept. eine Antwort eingetroffen, wonach Deserteure z. Zt. der Abwesenheit der evakuierten Zivil- und Militärbehörden für kurze Zeit sich Raub und Plünderung hingegeben hätten und 32 Personen — aber nicht ausschliesslich Juden — ermordet worden wären. Es sei festgestellt, dass die Haupthetzer Mitglieder der ehemaligen Denikinschen Armee gewesen seien. 40 Rädelsführer wären erschossen worden und eine jüd. Deputation mit Dr. Zipper an der Spitze, hätte ihren Dank dafür ausgesprochen, dass der ukrainische Bauernstand und die Truppen Petljuras diesen Vorfällen ferne stünden.

Zu diesen Behauptungen Wassilkos erlässt nun Dr. Zipper in der Lemberger „Chwila" vom 13. Nov. folgende Erklärung: Die Aufklärung Wassilkos ist von Anfang bis Ende erdacht. Pogrome verübten in Ostgalizien die regulären Abteilungen der Truppenmacht Petljuras; Opfer der Pogrome war die jüd. Bevölkerung. Von irgend welchen Repressalien gegenüber den Mördern und Plünderern ist bisher nichts bekannt. Eine Deputation habe ich weder geführt, noch überhaupt an einer solchen teilgenommen. Ich habe niemandem gedankt und auch niemals festgestellt, dass die Armee Petljuras den Pogromen fernstünde, sondern im Gegenteil in der von mir redigierten „Chwila" häufige Korrespondenzen veröffentlicht, die die verbrecherische Tätigkeit der regulären Truppen Petljuras festnagelten. Alle Zeitungen, die die „Aufklärung" Wassilkos veröffentlichten, werden um Nachdruck dieser Feststellung ersucht.

— Die verschiedenen Bezirkshauptleute des Pinsker und der benachbarten Kreise sind in Warschau eingetroffen, um der Regierung einen Bericht über die von den Truppen Balachowicz' an der Bevölkerung ihrer Kreise verübten Gewalttaten zu erstatten und um Hilfe für die Geschädigten zu ersuchen.

— Da die Gewalttaten der Truppen Balachowicz' nicht aufhören wollen, intervenierte eine jüd. Delegation in Pinsk bei General Balachowicz, der „energische Massnahmen" versprach. Als der Erfolg auf sich warten liess, begab sich die Delegation zu Sawinkow, der sich zuerst in politische Diskussionen einliess und für den Fall, dass die Juden seine Aktion unterstützen würden, eine Besserung der Verhältnisse versprach. Die Gewalttaten in den Kreisen um Pinsk haben jedoch noch immer kein Ende gefunden.

— Im Zusammenhange mit dem verschärften Vorgehen gegen die „Ausländer" konferierte Abg. Farbstein mehrfach mit den betreffenden Regierungsbeamten. Auf Grund dieser Interventionen wurde beschlossen, im Prinzip keine Repressalien zu gebrauchen gegenüber Personen, die bereits seit längerer Zeit in Warschau wohnen. In allen anderen Fällen wird eine besondere Kommission bestimmen, ob die betreffenden Personen aus Warschau ausgewiesen werden sollen. Dieser Kommission werden, ausser dem Regierungsvertreter, auch je ein Vertreter der Warschauer jüd. Gemeinde und des russischen Komitees in Warschau angehören. Die Gemeinde hat ihr Mitglied Davidsohn in diese Kommission delegiert.

— Auf Grund der Intervention der „Hijas" hat das amerikanische Konsulat in Warschau sich nach Washington gewandt, um in gewissen Fällen den Emigranten die Ausreise nach Amerika gestatten zu können, ohne den sonst geforderten dokumentarischen Nachweis, dass sie in Amerika genügende Unterhaltsmöglichkeiten besitzen. Auf diese Weise soll denjenigen Emigranten aus der Ukraine und den poln. Randgebieten geholfen werden, die nicht genügende Mittel besitzen, um in Warschau auf das Eintreffen dieser dokumentarischen Nachweise von ihren Verwandten in Amerika lange warten zu können.

— Das Palästinaamt in Warschau teilt mit, dass alle Visa nach Palästina, darunter auch die englischen, nur einen Monat gültig sind, gerechnet vom Tage der Ausstellung.

— Am 30. Nov. soll in Warschau Generalsekretär Landman eintreffen, zwecks Regulierung der jüd. Emigration nach Palästina.

— Advokat Berensohn, gewesener Sekretär der polnischen Gesandtschaft in Washington, ist nach Warschau zurückgekehrt und aus dem Staatsdienst ausgetreten.

Tschecho-slovakischer Staat.

Die antisemitischen Ausschreitungen in Prag.

Wie wir bereits kurz berichteten, fanden in Prag vom 16.—18. Nov. antisemitische Exzesse statt. Der R.-Korrespondent der „J.P.Z.", der während dieser Zeit in Prag weilte und die Ausschreitungen miterlebte, teilt uns darüber folgendes mit:

Die Demonstration begann am 16. mit einer von Legionären veranstalteten Massenversammlung unter freiem Himmel, die gegen den Tschechenpogrom in Eger protestierte. In Eger hatten nämlich die Deutschnationalen als Antwort auf die Stürzung des Kaiser Josef-Denkmals die tschechische Schule demoliert und die tschechische Bevölkerung insultiert. Daraufhin veranstaltete man in Prag eine Vergeltungsdemonstration, beschlagnahmte die deutschen Gebäude, demolierte die deutschen Zeitungen, drang in die deutschen Schulen ein und richtete überall grosse Verwüstungen an. Führer dieser Ausschreitungen waren tschechische Legionäre und die Polizei schaute untätig zu. Bald verwandelte sich jedoch die deutschfeindliche Kundgebung in eine pogromartige antisemitische Ausschreitung. Es wurden Rufe gegen die jüd. Kaufleute laut, die Menge, die sich lawinenartig vermehrte, wurde von allerhand unverantwortlichen Elementen, worunter sich zweifellos auch Agents provocateurs befanden, durch antisemitische Hetzreden aufgereizt und in den späteren Nachmittagsstunden zog eine starke Abteilung der Demonstranten in den fünften Bezirk, die ehemalige Judenstadt, in der noch heute die weltbekannten altehrwürdigen jüd. Denkmäler, der alte jüd. Friedhof, die Altneu-Synagoge und das jüd. Rathaus stehen. Die Menge drang in das jüd. Rathaus ein, in dessen Festsaal die zur Auswanderung bereitstehenden ostjüd. Flüchtlinge einquartiert sind. Die Demonstranten liessen die Flüchtlinge zunächst unbehelligt und stürmten die drei Stockwerke des Rathauses, in denen sich die Amtsräume befinden. Unter dem Vorwand, nach Kaiserbildern zu suchen, wurden sämtliche Kasten aufgerissen, die Aktenbündel herausgezerrt und auf die Strasse geworfen. Auch die wertvollen alten Bilder wurden von den Wänden gerissen, zerschlagen und zerschnitten. Auch zwei Thorarollen, die von den Demonstranten im Hause gefunden wurden, wurden geschändet und zerrissen. Die ganze Meiselgasse war mit Papieren angefüllt, sodass sie kaum passierbar war. Auf diese Weise sind nicht nur die historisch wertvollen Archive, sondern auch das für die Amtshandlungen unentbehrliche Material der Matrik, der Steuerkommission sowie andere Amtsdokumente, z. B. Stiftsbriefe, vernichtet. Der Schaden ist ein enormer. Glücklicherweise ist die wertvolle Gemeindebibliothek unversehrt geblieben, da sie in einem abseits gelegenen Raume untergebracht ist. Auch in der benachbarten Altneu-Synagoge wurden Verwüstungen angerichtet. Hervorgehoben verdient zu werden, dass sich unmittel-

bar neben dem jüd. Rathaus eine Polizeiwachstube befindet, die auch stark besetzt war; die Polizei hat jedoch untätig zugeschaut und überhaupt nicht eingegriffen. Nach Beendigung ihres Zerstörungswerkes zogen die Demonstranten unter lärmenden antisemitischen Rufen wieder ab. Ein Teil begab sich zu dem Gebäude des isr. Humanitätsvereins B'nei B'rith, wo gleichfalls eingedrungen und Zerstörungen angerichtet wurden. In der Altstadt, wo viele Juden wohnen, versuchten die Exzedenten auch in Privatwohnungen einzudringen. Am Mittwoch blieben beinahe alle jüd. Geschäfte geschlossen. Abteilungen von Demonstranten durchzogen die Stadt. Wiederholt wurden jüdisch aussehende Passanten insultiert und geschlagen. Sodann machte es sich die Menge zur Aufgabe, die Firmatafeln der jüd. Geschäfte herunterzuholen und zu zertrümmern. Auch hierbei leistete die Polizei keinen Widerstand.

Der Prager Judenschaft hat sich eine grosse Aufregung bemächtigt. Obwohl kein Zweifel besteht, dass Präsident Masaryk und Minister des Aeussern, Benes, die Vorfälle auf das schärfste verurteilen, haben doch die Ausschreitungen gezeigt, wie wenig Macht die besonnenen Elemente im Staate haben und wie bedrohlich die Situation für die Juden auch in diesem Staate werden kann, der zivilisatorisch und kulturell weit höher steht, als die östlichen Staaten. Die Vorfälle sind ein Resultat der verantwortungslosen und wüsten antisemitischen Hetze, die seit längerer Zeit von einer Reihe von Presseorganen betrieben wird. Die politischen Führer des tschecho-slovakischen Judentums haben sofort an den massgebenden Stellen energische Vorstellungen erhoben. Aber erst am dritten Tage hat die Polizei sich zu energischem Eingreifen aufgerafft.

— Auf einer ausserordentlichen Sitzung des Prager Stadtrates sprach Stadtrat Dr. Singer, Präs. des Jüd. Nationalrates, über die Ausschreitungen. Er selbst habe bei seinem Besuch des Tatortes festgestellt, dass alle Räumlichkeiten mit rohester Gewalt demoliert, kostbare Gemälde zerrissen und dass besonders das jahrhundertalte Archiv der jüd. Gemeinde, das nicht nur für die jüd. Geschichte, sondern auch für die Geschichte der Stadt Prag wichtige Urkunden aufwies, vollkommen vernichtet sei. Akten, auch Stiftsbriefe sind zerfetzt und auf die Strasse geworfen worden. Der verursachte Schaden sei unschätzbar. Gleichzeitig wurden auch aus der Rathaussynagoge 2 Thorarollen entwendet und zerrissen, ein Vorfall, wie er seit mittelalterlicher Zeit in Prag nicht vorgekommen sei.

Die Sozialdemokratische Partei hat einen Aufruf erlassen, in dem gegen die Exzesse in Prag und in der Provinz Stellung genommen wird. Da für Donnerstag eine Fortsetzung der Exzesse befürchtet war, umstellten Gendarmerieposten das Judenviertel, wobei es nicht ohne Zusammenstösse mit den neuerlich demonstrierenden Massen abging. Die „Tribuna" meldet, dass auch im Ostrauer Gebiet Ausschreitungen gegen Deutsche und Juden vorbereitet gewesen waren, die jedoch unterblieben.

Oesterreich.

Die Joint-Konferenz in Wien.

Auf der vom 15.—19. Nov. in Wien stattgefundenen Konferenz der Joint-Leiter in Europa, die unter Ausschluss der Oeffentlichkeit stattfand, wurde in einer Reihe von Referaten Bericht über die Lage der Juden in den einzelnen Notstandsgebieten erstattet, woran sich eine eingehende prinzipielle Aussprache über die Materien der Hilfstätigkeit, so besonders die Emigrations- und Flüchtlingsfrage, wie auch über die Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Rekonstruktion der zugrundegegangenen Existenzen und die Grundlagen der Waisenpflege anschloss. Der von der eingesetzten Budget-Kommission erstattete Bericht wird der New-Yorker Zentrale zur Bestätigung unterbreitet. New-Yorker Kammerstenographen waren zur Festhaltung des genauen Wortlautes der Berichte und Reden herangezogen worden. An der vom stellvertretenden Generaldirektor, Becker, geleiteten Konferenz nahmen teil: Direktor Dr. Bogen und Rabb. Kowalski, Dr. Paiser und Schweizer aus Warschau, Direktor Wechsler aus Wien, Dr. Landesko (Bukarest), Alsberg (Paris), Dr. de Sola Pool (Jerusalem), Dr. Sawitzky (Konstantinopel), Oberbuchhalter Tropper (New-York), Dr. Bernhard Kahn (Berlin) und Dr. Rubinstein (Lettland).

— Der Generalsekretär des Völkerbundes in Genf hat an den österreichischen Kabinettschef, Dr. Mayer, eine Zuschrift gerichtet, worin er die Oesterreichische Regierung von der am 22. Okt. durch den Völkerbundrat in Brüssel angenommenen Entschliessung, die besagt, dass die Bestimmungen des Friedensvertrages bezüglich der Minoritäten unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden, in Kenntnis setzt.

Frankreich.

Im Kampf gegen die Pogrome.

Der Pariser J.-Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: Am 16. Nov. fand in Paris eine Beratung führender Persönlichkeiten aus den russisch-jüdischen politischen Kreisen, die sich derzeit in Paris aufhalten, statt. Die Initiative zur Einberufung der Sitzung hatte das Komitee der Jüd. Delegationen ergriffen, weil es der Ueberzeugung ist, dass in einem solchen Momente, wie dem jetzigen, wo die unglückliche Lage des jüd. Volkes in Osteuropa Dimensionen von bisher unbekannter tragischer Grösse annimmt, das Komitee in seinem Kampfe gegen die Pogrome und für den Schutz der jüd. Rechte eine Koordinierung der gleichgerichteten Tätigkeit anderer Kreise mit der seinigen durchführen müsse. An der Sitzung, die Sokolow als Präs. des K. d. J. D. leitete, beteiligten sich über 20 führende russisch-jüdische Politiker, unter ihnen der Generalsekretär des K. d. J. D. Motzkin, Rechtsanwalt M. Winaver, Führer der russischen Kadetten, Dr. Pasmanik, Redakteur der „Cause Commune", J. Roubanowitch, Führer der rechten Sozialrevolutionäre M. Goldstein, Redakteur der „Poslednija Novosti", Rechtsanwalt H. Sliosberg, Starinsky, Redakteur des „Pour la Russie" u. a. mehr. Den Gegenstand der Erörterung bildet die Frage der Herstellung eines Kontaktes der verschiedenen Gruppen der russisch-jüdischen Oeffentlichkeit in Paris im Kampfe gegen die Pogrome. In der Diskussion legten die Redner der verschiedenen Gruppen ihren Standpunkt dar. Die Vertreter der Kadettenpartei, vor allem die Herren Winaver, Sliosberg und Pasmanik, sahen den Hauptgrund der antisemitischen Propaganda in der Beschuldigung, dass die Juden dem Bolschewismus sympathisch gegenüber stehen. Es sei daher der Kampf gegen diese Beschuldigung die erste Aufgabe im Kampfe gegen die Pogrome. Die jüd. Organisationen müssten als Gesamtheit eine öffentliche Erklärung gegen den Bolschewismus erlassen und damit das Unhaltbare dieser Beschuldigung aufzeigen. Dem gegenüber wiesen Sokolow, Motzkin und andere darauf hin, dass das jüd. Volk in seinem politischen Auftreten nicht über den Rahmen des Kampfes gegen Entrechtung Stellung nehmen könne. Der Kampf gegen die Pogrome ist eine nationale Aufgabe, jenseits aller Politik, aller Klassen und aller Parteien. Der Antisemitismus habe mannigfaltige Ursachen und die ungerechten Beschuldigungen wechseln einander ab. Erklärung durch eine Ursache könnte sehr bald zu Missdeutungen führen. Das Komitee der Jüd. Delegationen führt den Kampf gegen die Pogrome jenseits aller Politik, und es wünscht, dass sich alle Kräfte in diesem Kampfe mit ihm vereinigen. Am Schluss

der Sitzung wurde eine von Motzkin vorgeschlagene Resolution angenommen, die die Notwendigkeit des Kontaktes aller jüd. Kräfte im Kampfe gegen die Pogrome betont. Es wurde auch auf die Wichtigkeit hingewiesen, dass man alle Schritte fördern müsse, um die Gründung einer jüd. Gesellschaft für den Völkerbund vorzubereiten. Das K. d. J. D. ist derzeit mit den vorbereitenden Schritten zu dieser Gründung beschäftigt. Es wurde auch eine Kommission eingesetzt, die das Material für die Beratungen der kommenden Besprechungen vorbereiten soll.

Erez Israel — Palästina.

— Die allgemeine Konferenz der jüd. Arbeiterparteien Palästinas (s. „J.P.Z." Nr. 118) wurde für den 5. Dez. nach Haifa einberufen und die Delegiertenwahlen bereits ausgeschrieben. Es geht vor allem darum, die beiden Arbeiterparteien Palästinas — Hapoel Hazair und Achduth-Haawodah — organisatorisch zu vereinigen.

— Anlässlich der landwirtschaftlichen Ausstellung erstrahlte Tel-Awiw am 21. Okt. zum ersten Male in elektrischem Lichte. Tel-Awiw ist somit die erste Stadt in Palästina mit öffentlicher elektrischer Strassenbeleuchtung. Das dortige Elektrizitätswerk soll demnächst erweitert werden, sodass alle Häuser Tel-Awiws im Stande sein werden, elektrische Beleuchtung einzuführen.

— In Jerusalem ist eine Aktiengesellschaft zur Erzeugung von Teppichen, mit Filialen in Saffed, Hebron und Tiberias, ins Leben gerufen worden. Als technischer Leiter fungiert J. Kautrowitz, der Lehrer für dieses Gebiet am Bezalel. Als kommerzieller Leiter wurde H. Grünblatt berufen.

— Auf Initiative von Frau Bentwich, wurde letzthin der Versuch für die Einführung eines neuen Industriezweiges in Jerusalem, der Blumenzucht, gemacht. Unter Aufsicht eines Fachmannes sind 25 Mädchen auf 4 von der Zion. Kommission zur Verfügung gestellten Plätzen, mit der Aufzucht von Blumen beschäftigt.

— In Jerusalem fand eine von den Misrachisten veranstaltete Versammlung statt, zwecks Organisierung der der Misrachi-Organisation angehörenden Chaluzim. Nach Reden der Rabbiner Fishman und Schapiro wurde beschlossen, die misrachistischen Chaluzim in einer besonderen Gruppe, die einen Teil der misrachistischen Jugendorganisation bilden wird, zu organisieren.

— Die hebräische Stenographie der Methode Thomas, die sich besonders durch ihre graphische Methode auszeichnet, hat sich Bahn gebrochen. Der zweite Stenographiekurs wurde soeben mit Erfolg beendet.

— Herbert Samuel und Gemahlin haben für den 16. Nov. einen grossen Sporttag in Ber-Sheba arrangiert, an dem auch die Teilnahme zahlreicher Beduinen-Scheichs erwartet wird.

Schweiz.

Ein antisemitisches Wochenblatt.

Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet: Wohl „um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen", soll demnächst in St. Gallen die erste Nummer eines antisemitischen Wochenblattes erscheinen, für das „bereits eine grosse Zahl in- und ausländischer Mitarbeiter von Ruf gewonnen ist". Das Blatt will sich nicht mit dem religiösen, sondern mit dem wirtschaftlichen und politischen Judentum beschäftigen.

BANKHAUS
Julius Bär & Co., Zürich
kulante Besorgung aller bankgeschäftlichen Transaktionen

DANZAS & Co. A.-G.
INTERNATIONALE TRANSPORTE
Basel, Genf, Zürich, St. Gallen
Eigene Filialen in Frankreich, Italien, England u. Deutschland

Kaufen Sie keine Lose
ohne einen Versuch mit denjenigen des **Naturheil-verein Zürich** gemacht zu haben. Dabei können Sie **Fr. 70,000.—** gewinnen. - Gewinne sofort ersichtlich. - Neues pat. System.

Verkauf in Couverts à 2 Stück.

Serien à 5 Couverts = 10 Stück = Fr. 10.—



Bei Ankauf ganzer Serien Gewinn garantiert.
Amtlich kontrolliert.
Die Inkassofrist sämtl. Trefferlose erlischt 6 Monate nach der 3. Ziehung

Wiederverkäufer erhalten hohe Provision. Bestellungen sind zu richten an:
Peyer & Bachmann, Los- und Prämienobligationen-Bank, **Zürich**
Löwenstrasse 67, beim Bahnhofplatz - Telephon: Selnau 57.29

Niederlassungen - Einbürgerungen - Einreisen
Rechtsbureau Eugen Singer
ZÜRICH I *Löwenstrasse 30* *Telephon* *Selnau 7421*

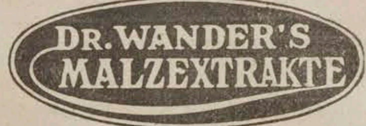
Tanzschule
Semmler-Rinke
Rämistraße 4 (Bellevue) *Telephon Hott. 6333*

CARL NOTHNAGEL
ZÜRICH, BAHNHOFSTRASSE 31 II
FOURRURES EN-GROS

BAUER'S Café Restaurant **BÄREN**
Limmatquai, Zürich
Parterre und I. Stock
Spezialität lebende Fische u. Geflügel

Restaurant MUSEUM Zürich
Schützengasse 10 - empfiehlt sich bestens
Walter Meyer, früher Centralpost und Paradeplatz

Arznei und Stärkungsmittel zugleich



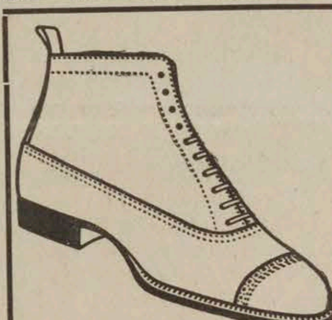
Rein, gegen Hals- und Brustkatarrhe
mit Jodeisen, gegen Skrofulose, Lebertranersatz
mit Kalk, für knochenschwache Kinder
mit Eisen, gegen Bleichsucht, Blutarmut etc.
mit Brom, erprobtes Keuchhustenmittel
mit Glycerophosphaten, gegen Nervosität

Bijouterie - Joaillerie - Orfèvrerie
Maison de 1er ordre



Atelier dans la maison
GEBR. SCHELHAAS A.-G.
Bahnhofstr. 44 **ZÜRICH 1** Tel. Seln. 1510

Baumwoll- und Leinengewebe
Aussteuer-Artikel
Komplette Brautausstattungen
WIRTHLIN & Cie., z. Elsässer, **Zürich**



Herrenschuhe
in großer Auswahl
Ia. Qualitäten
PREISWERT
Schuhhaus Stammer
Rennweg 15, Zürich 1

Fleischtranchier-Maschine
VAN BERKEL'S PATENT, Rotterdam (Holland)
schneidet warmes und kaltes Fleisch
in 14 verschiedenen Stärken
Unentbehrlich für PENSIONEN, HOTELS etc.
Filiale für die Schweiz: Zürich, Walcheplatz 1

Großer Seiden- u. Samtstoff-Versand
in Crêpe de Chine, Duchesse, Satin élégants, Charmeuse, Merveilleux (alle Farben) Foulards, sämtliche Neuheiten in bedruckt. - Einzigartige Neuheiten in Künstlerstoffen u. Handbatiks. - Moderne Mantelfutter und Damastfutter. - Einfache und elegante Seidenstoffe zu Braut-, Hochzeits- u. Gesellschaftstoiletten - Reichhaltigstes Lager aller Art Seidenband in einfarbig und gemustert - Kleidersamt und Mantelplüsch in div. vorteilhaften Preislagen in nur erstklassigen Qualitäten



Seiden - Kradolfer
Winterthur *Verlangen Sie Muster oder Vertreterbesuch!*

Empfehlenswerte Firmen in Luzern



Empfehlenswerte Firmen in Basel



Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich